

■ **Bitkom schließt Rahmenvertrag mit Innenministerium**



THOMAS FISCHER

Die öffentliche Hand und der Bundesverband Bitkom haben einen neuen Vertrag über die Einkaufsbedingungen von IT-Lösungen geschlossen. Die Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Beschaffung von Informationstechnik

(EVB-IT) ersetzen die bisherige Fassung von 2007. Für die Beschaffung von IT-Lösungen stehen der öffentlichen Hand insgesamt 18 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Vertrag regelt die Beschaffung von komplexen IT-Systemen, deren Erstellung hohe Anpassungsleistungen erfordern. Im Vergleich zur Fassung von 2007 sind nun die Nutzungsrechte differenzierter geregelt. Außerdem gibt es eine gesonderte Haftungshöchstsumme für den Systemservice.

Für Leistungen mit weniger Anpassungsleistung, wie PCs, Drucker und Standardsoftware, besteht weiterhin der EVB-IT-Systemlieferungsvertrag. Das neue Vertragsmuster ist für die Bundesbehörden verbindlich und wird auch von den Ländern und Kommunen angewendet. Die Bundesregierung stimmt schon seit mehreren Jahren die Rahmenbedingungen für die Beschaffung von IT-Leistungen mit dem Bitkom ab. Der Bitkom repräsentiert mehr als 1.700 Unternehmen mit insgesamt 700.000 Beschäftigten.

**Berater Bitkom**

**Waldeck** (Frankfurt): Thomas Fischer (Federführung), Jens-Holger Petri (beide IT, Vergaberecht)

**Inhouse** (Berlin): Oliver Lowin (Bereichsleiter Öffentliches Auftragswesen und Vergaberecht)

**Berater Bundesinnenministerium**

**IT-Recht Kanzlei** (München): Elisabeth Keller-Stoltenhoff (IT, Vergaberecht)

**TCI Rechtsanwälte** (Berlin): Norman Müller (IT, Vergaberecht)

**Hintergrund** Waldeck war zum ersten Mal für den Bitkom aktiv. Die Kanzlei bekam das Mandat über einen Pitch. Die Verhandlungen für den Vertrag 2007 hatte der Verband noch komplett inhouse gestemmt. Waldeck wird Bitkom auch bei den anstehenden Verhandlungen zum neuen EVB-IT-Systemservicevertrag beraten.

Das Bundesinnenministerium vertraut schon seit 2005 auf Keller-Stoltenhoff und Müller. Letzterer war 2007 noch bei Wendler Tremml und schloss sich 2011 der neu gegründeten Kanzlei TCI an. Auch zum Vertragsabschluss von 2007 hatte Müller das Bundesinnenministerium beraten. Das Mandat kam durch eine öffentliche Ausschreibung zustande. (EF)